

Occupy Innovation – für eine Wende in der Forschungspolitik!

Entwurf Mai / Juni 2012

Einleitung

Die derzeitige Forschungspolitik wird von vielen gesellschaftlichen Gruppen kritisiert. Existenzielle Probleme wie der Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welternährung bestimmen die Diskussion. Das Unbehagen an einer weitgehend von wirtschaftlichen Interessen dominierten Forschungspolitik wächst.

Veränderungen stehen an: Im Jahr 2011 forderten rund 100 Verbände in einem gemeinsamen Aufruf eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Forschungspolitik. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) forderte in seinem Jahresgutachten 2011 einen Gesellschaftsvertrag für „eine große Transformation“. Zuletzt hat der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) im Februar 2012 ein Positionspapier „Nachhaltige Wissenschaft“ vorgelegt, das viele Bereiche der aktuellen Diskussion zusammenfasst.

Im Zentrum der Forderungen von Verbänden wie NABU (Naturschutzbund Deutschland) und BUND steht die „Nachhaltigkeitsmilliarde“. Mit dieser Summe soll die nötige Transformation der Wissenschaft bewerkstelligt und diejenigen Projekte gefördert werden, die einer tatsächlichen Energie-, Agrar- und Mobilitätswende dienen und die zum nachhaltigen Stadt Wandel beitragen. Zugleich sollen neue Instrumente der gesellschaftlichen Partizipation für mehr Transparenz und Mitbestimmung sorgen, um so die Fixierung auf Technologie, Wettbewerb und Wachstum zu durchbrechen.

Ähnliche Forderungen sind auch im Brief enthalten, den rund 100 Verbände an EU-Kommissar José Manuel Barroso geschickt haben. Dort heißt es:

„Forschung, die dazu beiträgt, dass Europa (und die Welt) ein friedlicher Ort mit gesunder Umwelt wird, muss einen höheren Stellenwert gegenüber der Forschung bekommen, die vor allem auf marktfähige Produkte abzielt. Wir, die Unterzeichner aus verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft, sind der Überzeugung, dass eine andere Forschungspolitik nicht nur möglich, sondern dringend geboten ist, um den aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu begegnen. Wir fordern die Institutionen der EU auf, folgende Schritte einzuleiten:

- › der Mythos, dass nur kostenintensive Hochtechnologien Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen, muss überwunden werden; stattdessen sollten verfügbare Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes, der Wirtschaft und der Gesellschaft in den Vordergrund rücken.
- › der Begriff Innovation muss allgemeiner definiert werden, um auch regional angepasste und soziale Formen der Innovation und der technischen Entwicklung berücksichtigen zu können; zudem sollte die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft und den akademischen Einrichtungen gefördert werden, um das innovative Potenzial in gemeinnützigen Bereichen zu fördern.
- › für die Vergabe von öffentlichen Forschungsgeldern muss ein demokratischer, partizipatorischer und verlässlicher Entscheidungsprozess geschaffen werden, der frei von Interessenskonflikten ist und nicht von der Industrie dominiert wird; der Zivilgesellschaft muss es als gleichberechtigter Partner ermöglicht werden, sowohl an der Ausgestaltung der Forschungsstrategie mitzuarbeiten als auch an allen Forschungsprogrammen der EU teilnehmen zu können.
- › Alle Experten, die die Entscheider im Bereich der EU-Forschungspolitik beraten, müssen auf eine transparente Art und Weise ernannt werden, um eine unparteiische und unabhängige Expertise zu gewährleisten; die von der Industrie dominierten Beraterzirkel und Technologieplattformen müssen durch Institutionen ersetzt werden, die eine Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen und Interessensgruppen ermöglichen.
- › die Ergebnisse der durch öffentliche Gelder finanzierten Forschung müssen für die Gesellschaft frei zugänglich sein. Nicht-exklusive Lizenzierung und ‚open source‘-Strategien müssen im nächsten Forschungsrahmenprogramm systematisch gefördert werden.“

Die Unterzeichner wollen einen Beitrag dazu leisten, mit der Bundestagswahl 2013 eine nachhaltigere Wissenschaftskultur in Deutschland und auch in der EU einzuleiten. Um die öffentliche Debatte voranzubringen, unterstützen sie die hier formulierten „Wahlprüfsteine“, die sich vor allem an die Parteien richten, die sich 2013 zur Bundestagswahl stellen.

Ergänzend zu den bereits genannten Elementen muss eine von der Industrie unabhängige Expertise im Bereich neuer Risiko- und Hochtechnologien systematisch aufgebaut werden. Ähnlich wie vor der Bankenkrise untersuchen derzeit nur wenige Experten im Detail, welche Langzeitfolgen mit neuen Entwicklungen in Bereichen der Nano- und Biotechnologie, aber auch bei Informationstechnologien sowie bei Energie- und Mobilitätsfragen einhergehen. Viele der relevanten Experten sind derzeit der Industrie verbunden (u.a. als Drittmittelempfänger) oder sitzen in staatlichen Einrichtungen, denen eher an einer Förderung von neuen Technologien und an Wettbewerb gelegen ist als an einer gesellschaftlichen Debatte. Es ist deshalb unabdingbar, eine breit angelegte und fundierte Gegenexpertise im Bereich der Risikotechnologien und Technikfolgenabschätzung langfristig aufzubauen und institutionell abzusichern.

Allgemeine politische Ziele

- › „Public money for public goods“: Forschungspolitik aus öffentlichen Steuergeldern muss dem Gemeinwohl dienen
- › verbesserte Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft bei der Planung und Umsetzung von Forschungsvorhaben und in der Forschungspolitik
- › transparente und nicht nur von ökonomischen Interessen dominierte Entwicklung von Forschungsprogrammen
- › Stärkung der kritischen Gegenexpertise in besonders umstrittenen Technologiezweigen, die mit Risiken für Mensch und Umwelt einhergehen
- › ausreichend Raum für neue, unkonventionelle und kontroverse Positionen in der Wissenschaftslandschaft sozial- und kulturwissenschaftliche Innovationen müssen gleichwertig zu technologischen Innovationen betrachtet werden.

Wahlprüfsteine

1. Demokratisierung der Forschungspolitik durch einen Unabhängigen Forschungsrat

Wir fordern die Einrichtung eines „Unabhängigen Forschungsrates“, dem Vertreter der Zivilgesellschaft (zum Beispiel aus Umwelt- und Verbraucherverbänden) und Vertreter der Wissenschaft angehören. Dieser kann über die Vergabe von Forschungsgeldern in Bereichen wie der Ernährungssicherheit, Landwirtschaft, Energie, Mobilität und Gesundheitsförderung mitentscheiden („Nachhaltigkeitsmilliarde“). Er berät die Regierung bei der Festlegung der Forschungsförderungsleitlinien.

2. Nachhaltigkeitsmilliarde

Um die Wissenschaftskultur so zu verändern, dass sie tatsächlich der Energie-, Agrar- und Mobilitätswende sowie dem nachhaltigen Stadtwechsel dient, fordern wir die Bereitstellung von jährlich einer Milliarde Euro, die sogenannte „Nachhaltigkeitsmilliarde“. Über die Vergabe dieser Mittel soll der „Unabhängige Forschungsrat“ entscheiden.

3. Förderung der Gegenexpertise und der Risikoforschung

In bestimmten Technologiebereichen, die besonders risikobehaftet sind oder kontrovers diskutiert werden (wie die Bio- und Nanotechnologie, wie Mobilität und Energie, Internet und Datenerfassung) soll der systematische Aufbau von unabhängiger, kritischer Gegenexpertise gefördert werden. Hierfür erforderlich sind geeignete Forschungsprogramme, neue Strukturen und die Vernetzung mit bereits bestehenden Institutionen. Industrieunternehmen, die in entsprechende Technologien investieren, sollen Mittel für einen speziellen „Risikoforschungsfonds“ bereitstellen. Durch diese wird u.a. der „Unabhängige Forschungsbeirat“, unabhängige Risikoforschung und der Aufbau von Gegenexpertise finanziert.

4. Förderung der Transparenz / Clearinghouse Mechanismen

Für Anfragen soll ein sogenanntes „Clearinghouse“ geschaffen werden, das unbürokratisch, unabhängig und umfassend über staatliche Forschungs- und Technologieförderung informiert und es der interessierten Öffentlichkeit ermöglicht, sich frühzeitig und fachkundig in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Redaktionsteam: Martha Mertens (BUND), Hartmut Meyer (ENSSER), Claudia Neubauer (Fondation Sciences Citoyennes), Steffi Ober (NABU), Christoph Then (Testbiotech)

Entwurf, Stand: Mai/ Juni 2012